Parlamentarische Empfehlung „Nationales Ersatzprogramm für Elektroheizungen“

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Gestützt auf Art. 83a der Geschäftsordnung reiche ich mit Zweitunterzeichner Toni Bunschi folgende Parlamentarische Empfehlung ein:

Der Regierungsrat wird aufgefordert, im Rahmen der Energiedirektorenkonferenz einen Vorschlag für ein nationales Ersatzprogramm für Elektroheizungen zuhanden des Bundesrates einzubringen. Dabei soll er sich an den Eckpunkten dieser Parlamentarischen Empfehlung orientieren.

Begründung:

In den 70er und 80er Jahren wurden stromintensive Elektroheizungen von den Stromversorgern durch Subventionen und speziell tiefe Stromtarife massiv gefördert. Heute stehen die rund 200‘000 Besitzer von Elektroheizungen in der Schweiz vor einem Problem: Heizen mit Strom ist wesentlich teurer geworden. Und es ist absehbar, dass dies mit steigenden Stromtarifen noch teurer wird. Wir haben es hier mit einer riesigen „Altlast“ zu tun. Gesamtschweizerisch geht es hier immerhin um ein Einsparpotenzial in der Grössenordung der Jahresstromproduktion des **AKW Mühleberg.**

Dass Besitzer von Elektroheizungen bereit sind, auf weniger stromintensive Heizsystem umzusteigen, beweist ein Ersatzprogramm, das im Rahmen des Stabilisierungsprogramms des Bundes 2009 lanciert wurde. Die bewilligen Förderbeiträge von 10 Millionen Franken waren innert Monaten ausgeschöpft! Gut 1300 Ersatzgesuche wurden bewilligt – mit einem mittleren Förderbeitrag von rund 7200 Franken. **2100 Besitzer von Elektroheizungen gingen mit ihren Fördergesuchen jedoch leer aus**, weil für das nationale Ersatzprogramm kein Geld mehr vorhanden war. Diese „Go and stop-Politik“ ist typisch für die schweizerische Energiepolitik und in diesem speziellen Fall **für die Betroffenen frustrierend.**

Uri gehört zu jenen Kantonen in der Schweiz **mit der höchsten Dichte an Elektroheizungen**. Hier werden 35 Millionen kWh von Elektroheizungen verbraucht. Das sind mehr als 20 Prozent des Urner Winterstromverbauchs! Dieser **enorme Stromverbrauch kann halbiert werden**, wenn Elektroheizungen durch weniger stromintensive Heizsysteme wie Wärmepumpen und Holzheizungen ersetzt werden – wenn möglich mit verbesserter Wärmedämmung der Gebäude und der Installation von Warmwasserkollektoren mit Heizungsunterstützung.

Der Kanton Uri gehört bei der Förderung es Ersatzes von Elektroheizungen **zu den eher vorbildlichen** Kantonen. Aber es zeigt sich, dass die Förderbeiträge nicht die erforderliche Wirkung zeigen, weil sie schlicht zu tief sind. Insbesondere dann, wenn es um den Ersatz von Einzelraum-Elektroheizungen ohne Wärmeverteilsystem geht. Wir sprechen hier von Ersatzinvestitionen von 50'000 Franken und mehr, weil das Wärmeverteilsystem nachträglich eingebaut werden muss!

Es ist an der **Zeit**, dass die Kantone **politischen Druck auf den Bund und die Stromversorger** ausüben. Wir möchten mit dieser Parlamentarischen Empfehlung den Urner Regierungsrat deshalb auffordern, **im Rahmen der Energiedirektorenkonferenz** einen Vorschlag an den Bundesrat einzubringen mit dem Ziel, ein **nationales Ersatzprogramm für Elektroheizungen** zu starten. Die Eckwerte eines solchen Bundesprogramms sollten folgende Punkte umfassen:

- Die kantonalen Förderbeiträge für den Ersatz von Elektroheizungen werden durch das Bundesprogramm **um mindestens 50% erhöht**.
- Massgebend für die Beiträge des Bundesprogramms an die Kantone sind die geltenden Förderprogramme der Kantone: **Je höher die Förderbeiträge der Kantone, desto höher der Anteil von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm**.
- Die Mittel des Bundesprogramms werden **auf jene Kantone mit der höchsten Elektroheizungsdichte konzentriert** (u.a. Uri, Wallis, Tessin, Graubünden, Bern)
- Das Bundesprogramm **verpflichtet die grossen Stromversorger** (Axpo, Alpiq, BKW usw.) als Problemverursacher **zur Mitfinanzierung eines nationalen Ersatzprogramms** (mindestens 50% der nationalen Fördersumme)
- Das nationale Ersatzprogramm für Elektroheizungen wird **vorerst auf 10 Jahre** ausgelegt.

Wir danken dem Regierungsrat für die wohlwollende Prüfung dieser Parlamentarischen Empfehlung und Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kolleginnen, für die Unterstützung.

A. Braunwalder

Armin Braunwalder

Landrat, SP/Grüne-Fraktion

T. Bünschi

Toni Bünschi

Landrat, CVP-Fraktion